

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, 21. Dezember 1898.

Annahme von Anzeigen Kohlmart 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: R. Hoffe, Haasenstein & Vogler, G. L. Dörbe,
Invalidenten. Berlin: Bernh. Arndt, Max Gersmann,
Eberfeld & Thienemann, Halle a. S. Jul. Bard & Co.
Hamburg: William Witten. In Berlin, Hamburg und Frank-
furt a. M. Heim. Eisler. Kopenhagen: Aug. J. Wolff & Co.

Die Vorgänge in Frankreich.

In der französischen Deputiertenkammer brachte gestern Fourniere (Soz.) einen Antrag ein, den Militärpersonen die Ausübung der politischen Rechte zu gewähren. Fourniere verlangt für seinen Antrag die Dringlichkeit und nimmt bei der Begründung des Antrages Bezug auf in jüngster Zeit von Generalen erlassene Tagesbefehle, von denen er einen solchen des Generals Jamon anführt. (Echthafter Widerspruch im Zentrum. Rufe: „Zur Ordnung!“) Als Redner vom Vater Dideron spricht, wiederholen sich die Proteste und die Fortsetzung der Begründung wird häufig unterbrochen. Ministerpräsident Dupuy erwidert, er glaube, die Dreifus-affäre habe dem Lande schon genug Schaden gebracht (Beifall), der neue Antrag Fournieres würde unheilvoll sein. Das Land wolle eine Armee haben und habe eine Armee, die seine Ehre und seine Unabhängigkeit sicherte. Man dürfe einem Offizier nicht die Möglichkeit geben, ins Forum hinauszutreten (Beifall); man müsse sich um die Armee kümmern, die Sozialisten selbst liebten die Armee. Auf den Zwischenruf Fournieres „Gewiß“ fährt Dupuy fort: „Nun wohl, so ziehen Sie Ihren Antrag zurück.“ Unter donnerndem Beifall und den Rufen: „Offenlicher Anschlag“ weist Dupuy die Dringlichkeit zurück, die vom Hause mit 477 gegen 26 Stimmen abgelehnt wird.

Der Senat beriet über die Vorlage über die Verschärfung der Strafbestimmungen für Spionage und Verrat. Mouffierin befürwortet einen Zusatzantrag, wonach Verrat auch in Friedenszeiten mit dem Tode bestraft werden soll. Clamageran bekämpft die Vorlage, die zu streng sei, und bezeichnet gewisse Fälle, in denen Verurteilungen ausgesprochen wurden, ohne daß alle Geschäftsfälle der Verurteilung mitgeteilt waren, als „ungeheuerlich“. Redner kommt auf die Revision des Dreifus-Prozesses zu sprechen und sagt, die Revision wäre eine Komödie, wenn dem Kassationshof nicht die Schriftstücke mitgeteilt würden (Lärm). Berichterstatter Morellet tritt für die Vorlage ein; es sei notwendig, die Verräter zu bestrafen, die gemeine Verbrecher seien. Le Probst de Launay tritt ebenfalls für die Vorlage ein und wendet sich gegen die Maßnahmen, die jetzt gegen die Armee im Gange seien. Der Senat nahm in der weiteren Beratung die Vorlage, die von dem Kriegsminister Freyinet und dem Justizminister Lebret befürwortet wurde, in der Fassung an, wie sie von der Kommission festgelegt ist und wonach Beamte, die sich des Verrats schuldig machen, auch in Friedenszeiten mit dem Tode bestraft werden sollen.

Die Polizei bestätigt, daß der verhaftete Dection unter Piquart und Henry Geheimagenten des Nachrichtenbureaus gewesen, jedoch wegen verdächtigter Maßnahmen entlassen worden sei. Die vorgelagerten Stammervorgänge beeinflussen die Dreifus-Revision nicht im geringsten. Unbekannt sei der Kassationshof keine Untersuchung fort und hat alle Offiziere, welche über die angeblichen Geschäftsfälle Dreifus' etwas wissen, bereits vernommen; Lebrun-Ménault's Bericht dauerte zwei Stunden.

Die Verhandlungen zwischen Kassationshof und Regierung wegen Vorlegung des Geheimbündels werden fortgesetzt; die Vorlegung ist absolut zweifellos, so daß ein Konflikt vermieden wird. Briffon erklärt nachdrücklich, die Geheimakten enthalten nicht den geringsten Beweis für Dreifus' Schuld. Der Kassationshof verhöre gestern den früheren Minister Guérin und den früheren Kommandanten des Gherge-Wid-Verdammnisses Forzetti. Ferner nahm der Kassationshof Kenntnis von dem Briefe Esterhazy's, in welchem dieser seine Vernehmung beantragt, und vertrat die Entscheidung darüber bis zur nächsten Woche.

Wie verlautet, sei Morand eventuell geneigt, auf die Einigkeit der Geheimakten zu verzichten, um dem Kassationshof die Aufgabe zu erleichtern; dieser aber sei entschlossen, keine Verkürzung der Rechte der Vertheidigung zuzulassen. Eine gut informierte Persönlichkeit, die Beziehungen zum Justizpalast unterhält, erklärte gestern Nachmittag, der Kassationshof werde heute oder morgen sein Gutachten in Sachen der Dreifus-Angelegenheit abgeben. Sollte dies tatsächlich der Fall sein, so ergiebt sich hieraus, daß die Meinung des obersten Gerichtshofes genügend durch die bereits verhörrten Persönlichkeiten aufgeklärt ist und daß der Kassationshof es vorläufig als überflüssig erachtet, von dem geheimen Dossier Kenntnis zu nehmen. Der Kassationshof wird wahrscheinlich nur erklären, daß die Revision des Dreifus-Prozesses notwendig ist und daß die Revision vom Kassationshofe und nicht vom Kriegsgericht geleitet werden muß. Sobald das neue Revisionsverfahren eingeleitet ist, wird der Kassationshof alle ihm notwendigen erforderlichen Schriftstücke erhalten müssen.

Auf wie schonher Grundzüge die Mitteilungen der neubourgeoisischen Presse über das angebliche Geständnis des Kapitän Dreifus beruhen, erhellt aus den „Informationen“ des „Petit Journal“. Dieses Blatt kommt auf das Geständnis zurück, das Dreifus kurz vor seiner Degradation abgelegt haben soll. Nicht bloß dem neubourgeoisischen Hauptmann Lebrun-Ménault, sondern auch dem Major d'Atel. Der letztere ist vor zwei Jahren in einem Eisenbahnwagen zwischen St. Denis und Montmorency an einem Schlaganfall gestorben. Lebrun-Ménault wird diese Woche von der Strafkammer des Kassationshofes als Zeuge vernommen werden. Nach der Degradation soll d'Atel zu seinem Freunde, dem Hauptmann Anthoine, gesagt haben, er habe aus dem Munde des Verurteilten eben die Verurteilung gehört: „Das Wenige, was ich auslieferte, lohnte wahrlich nicht der Mühe. Wenn man mir freie Hand belassen hätte, so hätte ich mehr dagegen eingebracht.“ Hauptmann Anthoine wiederholte dem Major de Witth, was ihm angeblich anvertraut worden war, und dieser berichtete darüber schriftlich. Was Lebrun-Ménault betrifft, so sucht Dubet vor allem die Darstellung des Nachhins am Kassationshofe Ward zu entkräften, wonach der Hauptmann nur vorübergehend an Stelle des Majors Guérin den Verurteilten zu bewachen hatte. Er blieb im Gegenteil über eine Stunde mit Dreifus zusammen und erzählte nachher eiligst dem Major Guérin (heute Oberstleutnant und Unteroffizier des Generalstabs des Militärkommandos von Paris), was er gehört

hatte. Er that es in Gegenwart mehrerer Offiziere, so des Hauptmanns Barbade, Ordonnanz-offizier des Generals Sausnier und des Militär-intendanten Peyrolle. Es liegt nun ein Bericht des Oberstleutnants Guérin vom 14. Februar 1898 über jene Ereignisse vom Januar 1895 vor. Darin ist von Gesprächen die Rede, welche Guérin mit dem Hauptmann Lebrun-Ménault, dann mit dem Militärkommandanten Sausnier und, was neu klingt, auch mit dem Oberstleutnant Piquart über die Geschäftsfälle von Dreifus hatte. Das „Petit Journal“ kann den Bericht Guérins, durch den der Kassationshof und das Publikum beeinflusst werden sollen, sonderbarer Weise im Wortlaut wiedergeben.

Die im Bonheur „Ouvrier“ vom 18. Dezember von „Dix“ fortgesetzten Enthüllungen zum Dreifus-Falle beschäftigen sich mit der Rolle, die Major Esterhazy und Major, jetzt Oberst von Schwarzkoppen in dem langen Drama gespielt haben. „Dix“ schreibt: „Die Rolle des Obersten von Schwarzkoppen in der Dreifus-Angelegenheit ist höchst wichtig. Schade, daß dem tapferen Offizier nicht gestattet worden, die Wahrheit eher als jetzt zu sprechen. Was über ihn in einem Briefe eines Diplomaten, datiert Bern, August 1897, veröffentlicht worden, giebt dem Leser einen Begriff von seiner Rolle. Major Schwarzkoppen wurde 1892 zum Militärattaché bei der deutschen Botschaft in Paris ernannt. Natürlich Weise wollte er gut unterrichtet sein. Esterhazy bot sich an. Major Schwarzkoppen verweigerte der Verführung nicht zu widerstehen und er trat in Beziehung zu ihm, ohne seinen Vorgesetzten davon in Kenntnis zu setzen. Esterhazy, der gut Deutsch verstand, wurde 1876 im Generalstab beschäftigt. Obwohl er später wieder zu seinem Regiment zurückkehrte, hielt er seine Beziehungen zum Generalstab aufrecht und lieferte Schwarzkoppen sehr reichliche Informationen. Major Schwarzkoppen erklärte zur Zeit seiner Abberufung, daß er von Esterhazy nicht weniger als 162 Mitteilungen empfangen hätte. Der Werth derselben läßt sich nicht genau feststellen. Wieviel zahlte Schwarzkoppen dafür? Eines Tages wurde die Summe von 80 000 Franken in einem Jahre von Major Schwarzkoppen als der Betrag erwähnt. Er machte eine Geste, deren Bedeutung zu erraten schwierig ist. Im Frühjahr 1894 kehrte Schwarzkoppen, der inzwischen zum Oberstleutnant befördert worden, von einer Urlaubsbereise zurück und fand die Dokumente vor, die in dem Dreifus zugeschriebenen Vorbereitungen aufgeführt sind. Das Vorbereitungs-Büro befand sich damals schon im Kriegsministerium. Schwarzkoppen erkannte die Quelle der Sendung und seine Beziehungen mit Esterhazy wurden fortgesetzt. Damals hatte Major Schwarzkoppen keine Kenntnis von dem Vorhandensein des Vorbereitungs-Büros, das aufgefunden und nach dem Nachrichten-Bureau des französischen Kriegsministeriums gebracht worden war. Am 29. Oktober 1894 fragte „Libre Parole“, ob nicht eine wichtige Verurteilung wegen des Verbrechens des Hochverrats stattgefunden habe. Oberst Schwarzkoppen begab sich zu seinem Freunde dem Militärattaché der italienischen Botschaft, Oberst (damals Major) Panizzardi und sagte ihm: „Ich glaube, mein Mann ist erwischt worden.“ Am nächsten Tage bestätigte „Leclair“ die Nachricht. Am 1. November kündigte „Libre Parole“ die Verhaftung eines jüdischen Offiziers“ an. An diesem Tage erschien Oberst Schwarzkoppen wieder bei Major Panizzardi und rief, als er ihn erblickte, aus: „Wah! Es war ein Falscher. Es ist nicht mein Mann.“ Aus dem Vorstehenden kann man sehen, welche wichtige Rolle Oberst Schwarzkoppen in der Dreifus-Angelegenheit spielt, und wie nützlich es sein würde, wenn er mit Erlaubnis seines Souveräns frei von der Keder weg sprechen könnte. Niemand könnte mit einem einzigen Worte besser dem Gebahren Esterhazy's, der die Gefahr von Welken witternd, eine Gegend in die Hand des ersten Präsidenten des Kassationshofes, Macquart, legt, indem er ihm einen Brief sendet, in dem er Schwarzkoppen einludigt, ein Vortragsstück gegen ihn zu haben, ein Ende setzen. Oberst Schwarzkoppen wird sicherlich sprechen und klar genug von Allen verstanden werden; er wird es um so bereitwilliger thun, wenn er weiß, daß eine große Menge gefälschter Dokumente, angeblich von ihm herrührend, vom französischen Kriegsministerium zu hohen Preisen angekauft wurden.

Aus dem Reiche.

Das Kaiser-Manöver wird im Jahre 1899 angeblich nicht zwischen dem 1. und 17. Armeekorps stattfinden. Wie der „Eis. Zig.“, von hoher militärischer Seite“ mitgeteilt wird, ist in Königsberg der Befehl eingetroffen, daß das nächstjährige Kaisermanöver zwischen dem 13. Armeekorps und 14. Korps abgehalten wird. Fest steht, daß das 13. Armeekorps befehligt wird, das am längsten von dem Kaiser nicht gesehen wurde. Im Etat für Württemberg wird deshalb auch für die große Herbstübung 300 000 Mark ausgeworfen worden. — Der Vorstand des Reichsausschusses für die deutschen Nationalfeste ist kürzlich in Berlin einmütig zu dem Beschlusse gelangt, die Organisation des Reichsausschusses zu erweitern und zwar in der Weise, daß sich mit einer ähnlichen Verfassung, wie etwa der deutsch-österreichische Alpenverein sie hat, ein großer deutscher Verein für vaterländische Festspiele bildet, dem örtliche Zweigvereine im ganzen Reiche als selbstständige Glieder angehören. Die Nationalfeste des zu gründenden Vereins sollen regelmäßig alle fünf Jahre am Niederwald gefeiert werden. — Der Privatdozent für Nationalökonomie Dr. Max von Sökel an der Universität in Würzburg erhielt einen Ruf als außerordentlicher Professor der Staatswissenschaften nach Münster (Westfalen). — Der Hof-Dampfschiff-Brennereibesitzer B. G. Inhofen in Bonn hat aus Anlaß der Eröffnung der neuen Rheinbrücke der Stadt Bonn 2500 M. überwiesen. Diese sind am Tage der Brücken-eröffnung durch die Armenbezirksvorsteher in geeigneter Weise zur Verteilung gelangt. — Für das Kaiser-Friedrich-Denkmal in Breslau hat die Stadt Breslau einen Beitrag von 500 M. bewilligt. — Der Ausschub für das Moltke-Denkmal schreibt einen Wettbewerb für die Düsseldorf Künstler-Institut aus zur Errichtung eines Denkmals für den Feldmarschall Moltke. Das Denkmal soll den Feldmarschall als Standsfigur in 14-facher Lebensgröße zur Darstellung bringen.

Für den Sockel wird eine künstlerische Ausgestaltung verlangt. Runde Sockelfiguren sollen, mit Ausschluß von Allegorien, wirkliche Erscheinungen der Armee und des Volkes zeigen. Das Denkmal soll möglichst bis zum 26. Oktober 1900, dem 100-jährigen Geburtstag Moltkes, fertiggestellt sein. Das Preisgericht besteht aus den Herren: Bildhauer Professor Volk-Starkstraße, Bildhauer Architekt Rietz-Berlin, Bildhauer Professor Maison-München, Architekt Professor Schill-Düsseldorf, Maler Professor Debes-Düsseldorf. Für die besten Entwürfe sind drei Preise von 1000, 600 und 400 M. ausgesetzt. — Seltener konstituierte sich die „Abteilung Wagbezug“ des deutschen Flottenvereins. Den Vorsitz übernahm Oberpräsident Staatsminister Dr. v. Bötticher, Beisitzer sind Kommerzienrat Gubbe und Oberbürgermeister Schneider. — Die Handelskammer in Warmen lehnte einstimmig die vom Verein zum Schutz für Handel und Gewerbe beantragte Einführung einer Umsatzsteuer für Waarenhäuser ab und sprach sich nur für eine Besteuerung der Zweiggeschäfte aus. — Die Kopenhagener Zeitung „Politiken“ meldet, alle Gemeindevorsteher in Sibirien hätten ein vertrauliches Schreiben vom Landrath in Sonderburg erhalten, in dem angeordnet wird, daß alle Eltern, die Kinder auf dänischen Schulen haben, diese bis zum 20. Dezember zurückrufen sollen. Im anderen Falle würden alle dänischen Unterthanen in den betreffenden Gemeinden ausgewiesen. Der Landrath von Tschirichow in Sonderburg habe dieses Schreiben auf direkten Befehl des Oberpräsidenten von Koller erhalten. Die betreffenden Eltern werden, wie die „Politiken“ weiter meldet, dem Befehle nicht nachkommen. — Es bleibt abzuwarten, ob sich diese Mittheilung bewahrheitet.

Deutschland.

Berlin, 21. Dezember. Der Kaiser und die Kaiserin erschienen gestern Nachmittag kurz nach 3 Uhr im ersten chemischen Institut der Universität, Georgenstraße 35-36, um einen Vortrag von Professor Ramfay aus London über seine Entdeckung neuer Elemente in der Luft zu hören. In Begleitung des Kaiserpaars befanden sich der Ober-Forst- und Hausmarschall Graf A. Guleburg, der Hausmarschall Freiherr von Lynder, Excellenz Graf Keller, Flügeladjutant General von Scholl und die Hofdame Fräulein von Gersdorff. Im chemischen Institut wurden die Majestäten von dem Chef des Instituts, Excellenz von Ruess, Staatsminister B. Dr. Döffe, Geh. Rath Schmidt vom Kultusministerium, dem Direktor des Instituts Geh. Rath Emil Richter, Geh. Rath Raubold und Professor Riebermann empfangen. Auch der großbritannische Botschafter Sir F. G. Paolles war erschienen. Nachdem sich die Majestäten kurze Zeit in der Vorhalle des Instituts mit den Anwesenden unterhalten hatten, begaben sie sich in den großen Hörsaal, der eine Treppe hoch gelegen ist. Professor Ramfay begann alsbald den Vortrag über seine Entdeckungen. Er führte aus, wie die Entdeckung des Argon und des Helium ihn zu weiteren Versuchen mit flüssiger Luft geführt hätten. Die Luft im periodischen System der Elemente hätten ihn auf die neuen Elemente hingewiesen. Bei seinen Versuchen mit verflüssigter Luft habe er nun weitere drei neue Gase entdeckt. Diese sind in der Atmosphäre enthalten, aber noch von keinem Chemiker bis auf den heutigen Tag bemerkt worden. Der Grund, daß die Elemente so lange unbekannt geblieben konnten, liegt darin, daß die Elemente gar keine Verbindungen eingehe, so daß sie der chemischen Untersuchung sich fast entziehen. Es gelang Ramfay, die neuen Gase durch fraktionierte Destillation darzustellen. Der Forscher nennt die neuen Elemente Skripton, Neon und Xenon, d. h. das Verborgene, das Neue und das Fremde. Professor Ramfay führte mit Hilfe eines Projektions-Apparates dem Kaiserpaar die Entdeckungen vor, mit denen er seine Versuche ausgeführt hat. Die Gase selbst stellte er in Geißler'schen Röhren dar; der durch dieselben geleitete elektrische Strom ergab das Spektrum der Gase. Die Majestäten folgten den Ausführungen des berühmten Forschers mit großem Interesse. Nachdem Professor Ramfay geendet hatte, wurde er vom Kaiser in ein lautes Gespräch gezogen. Der ganze Vortrag hatte etwa 35 Minuten, der Besuch des Instituts 1/2 Stunden in Anspruch genommen. Im Treppenhause des chemischen Instituts verabschiedete sich der Kaiser und die Kaiserin vom Kultusminister D. Dr. Döffe und den übrigen erschienenen Herren. Der Kaiser fuhr von der Georgenstraße zum Staatssekretär des Auswärtigen von Bülow, Kultusminister D. Dr. Döffe begab sich, nachdem er sich vom Kaiser verabschiedet hatte, zu Professor Ramfay zurück, um ihm seinen Dank auszusprechen. Zum Schluß führte Prof. Ramfay seine Experimente den zahlreich anwesenden Studenten des Instituts vor.

Der in den Priesterstand eingetretene Prinz Max von Sachsen wird demnächst die Seelsorge in einer der größten Industriestädte Süddeutschlands (Münster?) übernehmen. Diese Thatsache scheint einem Theil des bayerischen Klerus nicht angenehm zu sein, denn in der „Germania“ glaubt ein Korrespondent aus Bayern „brennen“ zu müssen gegenüber dem Zufall, den der Prinz bei seinen Predigten finde. Er eifert gegen den „Tatam“, der geblasen werde, wenn der Prinz die Kanzel besteige, und gegen die Art, wie seine Predigten zum Doktor der Theologie verhömmelt worden sei. Sehr fein ist die Bremsen nicht, die hier angewendet wird.

Einem Privatbriefe aus China vom 21. Oktober d. J. entnimmt die „Kreuzzeitg.“ Folgendes: Der politische Horizont ist in China recht unwohl. Wie es scheint, stehen wir vor einer Revolution, in der die fremdenfeindlichen Mächte sich Geltung zu verschaffen suchen werden. Die Basler Missionare im Sinesien haben zum Theil ihre Familien bereits nach Hongkong schicken müssen. In Canton und im Lande sollen Verbindungen entstehen zur Befreiung der Missionare. In Peking ist ein katholischer Priester ermordet. In Sinesien und Japan scheint noch Alles ruhig zu sein, während es im Tsching-Gebiet sehr unruhig.

Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Plenarsitzung einen Antrag, betr. die geschäftliche Behandlung einer Denkschrift über die Schug-

gebiete, die Zustimmung ertheilt; ebenso dem Ausschussprotokoll, betr. den zollfreien Einlaß der im Freigebiete von Bremerhaven bei der Reparatur von Dampfschiffen mit inländischen Materialien entstehenden Abfälle; dem Ausschussantrag, betr. die Verringerung des amtlichen Waarenzeichens zum Zolltarife; endlich dem Ausschussbericht über die Verringerung des amtlichen Waarenzeichens und des Verzeichnisses der Waarengüter. Den zuständigen Ausschüssen wurden überwiesen der Gesetzentwurf über Verringerungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuches, die Vorlage zur Abänderung und Ergänzung der zur Ausführung des Impfgesetzes erlassenen Vorschriften und der Gesetzentwurf für Glas-Rohrungen, betr. die Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuches. Von Mittheilungen, betr. Verhandlungen der Kommission für Arbeiterstatistik und betr. die Rechnungsergebnisse der Berufsvereinigungen für 1897, wurde Kenntnis genommen und über einige Resolutionen des Reichstags sowie über eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt.

Zu dem neuen Versuche der Begründung einer konservativen Partei in der Provinz Hannover bemerkt die „Nat.-Ztg. Korr.“: „Eine Prüfung der Unterchriften des Aufrufs ergiebt, daß es sich um einen erheblichen Theil um zu meist abhängige Regierungsbeamte handelt. Darunter findet sich der bekannte Landrath v. Rieben, der wegen seines wahlkämpferischen Uebereifers vor der Reichstagswahl in Hildesheim eine heftige Korrektur sich zuzog; er unterstützte damals den Bundeskanzler. Weiter befinden sich darunter die Landräthe von Berg und von Pöfel: Ersterer ist in Gifhorn gewohnt und vertritt diesen Kreis seit 1893 im Landtag. Letzterer kandidirte bei den Reichstagswahlen für die konservativen und den Bund der Landwirthe gegen den National-Liberalen mit dem Erfolge, daß ein Waise siegte. Weiter haben unterschrieben die freikonservativen Landtagsabgeordneten Feldmann, in Holschingen-Soltan gewählt, und Wüster, der Alfeld-Gronau in der künftigen Legislaturperiode vertritt. In allen diesen Wahlkreisen hatte sich schon diesmal mit allem Nachdruck beherrschender Einfluß dahinter gesetzt, die National-Liberalen zu verdrängen. Das ist das Charakteristikum dieser Bewegung, mit der aber schon jetzt eine zweite in Konkurrenz tritt: die „Niederländische konservative Partei“, die es mit der hannoverschen Bundesleitung hält und in ihrem Organ, der „Hannoverschen Post“ die „konservativen Niederländischen“ mahnt, sich auf den Bund der Landwirthe und noch mehr sich auf „verbesserte Welsen“ zu stützen. Außer diesen sich bereits ankündigenden Gegensatz ist dann noch als Erfolg dieses Vorgehens zu verzeichnen, daß in den wahlreichen Organen sich ein großes Verlangen befindet ob der Arbeit, die nun die National-Liberalen bekämpfen durch „die der Protektion der Regierung sich erfreuenden preussischen Kammerherren (deren drei unter dem Aufruf stehen) und Landrathspartei.“ Für die national-liberale Partei in Hannover hat dieses Vorgehen der „vereinigten konservativen“ nichts Ueberraschendes. Es sind dieselben Elemente, mit denen bei den Wahlen gerungen werden mußte, und man ist sich in Hannover schon lange vollständig darüber klar, wessen man sich für die nächste Zukunft von diesen Politikern zu versehen hat, die im letzten Jahre selbst mit extrem-agrarischer Unterfütterung gegen den national-liberalen Bestandsstand angingen und nun, nach der Niederlage der extremen Richtung des Bundes in Hannover, naturgemäß die abstrakten Genossen für sich abzustufen beabsichtigen. Es ist daher sogar ein Gewinn für die nationale Sache in Hannover, wenn so früh schon der niederländischen Wählerchaft gezeigt wird, was man „von oben“ mit ihr vorhat.

Ein Valsest, das der Oberpräsident Dr. Rasse dieser Tage in Koblenz veranstaltete, hat den Jörn der ultramontanen Mäler erregt. In der „Germania“ liest man: Der höchste Beamte der zum allergrößten Theile katholischen Rheinlands scheint nicht zu wissen, daß die Katholiken in dem Abent nicht bloß dem Geiste des Christenthums gemä, sondern auch in Folge ausbrüchlicher Bestimmung der Kirche sich aller rauschenden Lustbarkeiten zu enthalten verpflichtet sind. Durch das von ihm veranstaltete Fest wird eine große Anzahl von Katholiken geradezu veranlaßt, dieser Bestimmung zuwider zu handeln. Beschämend ist es für uns Katholiken allerdings, daß ein großer Theil unserer Glaubensgenossen aus wichtigen Gründen bei derlei Gelegenheiten die Gebote der Kirche öffentlich übertritt, das sollte aber für die hohen Träger der Verwaltung keine Entschuldigung sein. Valsest im Abent und in den Festen zu veranstalten und dazu — Katholiken einzuladen. Das Vorgehen des Oberpräsidenten der Rheinprovinz verdient eine scharfe Rüge und eine Verurtheilung im Landtage.

Das Disziplinarverfahren gegen den Professor Hans Delbrück wird von der „Kreuzzeitg.“ damit begründet, daß die Staatsregierung nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, auch Universitäts-Professoren gegenüber die Staatsautorität zu wahren und nöthigenfalls gegen sie die gesetzlichen Bestimmungen anzuwenden. Ohne Zweifel; im vorliegenden Falle kommt aber keine gesetzliche Bestimmung in Betracht, deren Anwendung geboten war. Wenn ein Universitäts-Professor etwa eine ehrenrührige Handlung begeht, wird Niemand bezweifeln, daß gegen ihn auf Grund der Bestimmung des Disziplinargesetzes einzuschreiten ist, welche von der Achtung, dem Ansehen und dem Vertrauen spricht, die sein Beruf erfordert; die verkehrte Vertretung einer politischen Ansicht aber beeinträchtigt jene Achtung, jenes Ansehen und jenes Vertrauen nicht. Sogar manche konservative Blätter bezweifeln zum Mindesten die politische Zweckmäßigkeit und Klugheit des Vorgehens der Regierung.

Der Antrag Wälsche-Pachnide betr. die Organisation der Arbeitsnachweise ist von hoher sozialpolitischer Bedeutung und darf mit einiger Sicherheit auf Annahme im Reichstage rechnen. Auch darf man annehmen, daß die verbinnten Regierungen nicht zögern werden, dem Antrage Folge zu geben. Die preussische Regierung muß dem Antrage freundschaftlich gegenüberstehen, da sie wiederholt in Ministerialerlassen auf die Errichtung von paritätischen allgemeinen Arbeitsnachweisen hingewiesen hat. In den anderen großen Bundesstaaten, insbesondere Bayern,

Württemberg und Baden ist die Organisation der Arbeitsnachweise im Sinne der Antragsteller beinahe durchgeführt, so daß auch von diesen Seiten dem Antrage sicherlich zugestimmt werden wird. Auf den Standpunkt des paritätischen d. h. des gleichmäßig von Arbeitgebern und Arbeitnehmern verwalteten Arbeitsnachweises hat sich mit aller Entschiedenheit der Verband deutscher Arbeitsnachweise gestellt, indem er auf der kürzlich in München abgehaltenen Verbandversammlung durch den Mund seines Vorsitzenden Dr. Freund eine bezügliche Erklärung abgegeben ließ. Die Arbeiter, die früher die Forderung aufstellten, daß der Arbeitsnachweis in ihren Händen ruhen müsse, haben sich von der Ungerechtigkeit und Innerlichkeit dieser Forderung überzeugt und sie zu Gunsten des paritätischen Arbeitsnachweises fallen lassen. Nun wäre es sehr wünschenswerth, wenn auch die Arbeitgeber diesem Beispiele folgten und ihren Standpunkt, daß nämlich der Arbeitsnachweis allein in ihren Händen ruhen müsse, aufgaben. In sehr erfreulicher Weise hat hier den Anfang der Berliner Zentral-Ausschuß kaufmännischer gewerblicher und industrieller Vereine gemacht, der nach einem vorangehenden Referate Dr. Freund's die paritätische Organisation des Arbeitsnachweises als zur Förderung des guten Einvernehmens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durchaus wünschenswerth bezeichnete. Die „Soz. Pr.“ hebt mit Recht die Bedeutung dieses Vorstoßes einer Vereinigung hervor, woran 38 große gewerbliche Verbände theilgenommen sind. In der jetzt in Berlin ausgebrochenen Lohnbewegung der Arbeiter ist u. a. auch die Forderung des paritätischen Arbeitsnachweises erhoben worden. Wir wollen der sicheren Hoffnung Ausdruck geben, daß in diesem Punkte die Arbeitgeber nachgeben, denn es handelt sich hier um eine gerechtfertigte Forderung der Arbeiter, die die ungetheilte Sympathie weiterer Kreise der Bevölkerung findet.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 20. Dezember. Die morgige Nummer des „Amisblattes“ veröffentlicht die Enthebung des Ministerpräsidenten Banffy von der Leitung des Ministeriums a. latere. Der König brüdt bei dieser Gelegenheit dem Ministerpräsidenten seine volle Anerkennung und seinen Dank aus für die auch in der Eigenschaft des Ministers a. latere bezeugte eifrige und selbstlose Thätigkeit. Koloman Tisza besprach vor seinen Wählern in Großwardein die Lage und erklärte, man werde als Wählende gegen die Obstruktion die Einführung des Schlußes der Debatte in Erwägung ziehen müssen. Er sei stets Gegner jeder Beschränkung der Redefreiheit gewesen und hoffe, daß die Nothwendigkeit einer solchen Maßregel nicht eintreten werde. Wenn indeß die Opposition nicht verschmähen sollte, das Verfahren des österreichischen Reichstags nachzuahmen, so dürfe man kein Bedenken tragen, nach dem Beispiel des englischen Parlaments vorzugehen.

Belgien.

Brüssel, 20. Dezember. Bei den anlässlich des Jubiläums einer katholischen Studentenverbindung in Lüttich stattgehabten Festlichkeiten kam es an den letzten Tagen zu wiederholten Ausfälligkeiten. Als die katholischen Studenten gestern nach Löwen zurückkamen, fanden dort eifrige Zusammenkünfte mit der Bevölkerung und der Polizei statt. Die Gendarmen trieben die Demonstranten auseinander, wobei mehrere derselben leichte Verletzungen davontrugen und eine Anzahl von Verhaftungen vorgenommen wurden. Ein Gendarm erlitt durch einen Sturz mit dem Pferde eine schwere Verletzung.

Italien.

Rom, 20. Dezember. Nachdem jetzt fünftausend Musketen an die Kavallerie vertheilt worden sind, ist die ganze Armee mit dem neuen kleinfaltrigen Gewehr bewaffnet.

Australien.

Adelaide, 16. November. An der Pariser Weltausstellung wird sich unter Ertheilung in sehr geringer Maße theilnehmen; Neuseeland und Südaustralien verhalten sich ganz ablehnend, Victoria, Queensland und Westaustralien werden sich wesentlich auf Darstellung ihrer Goldproduktion beschränken. Von dem Gedanken, die gefundenen bedeutendsten Goldklumpen in natura auszustellen, ist man jedoch abgekommen; wiegt doch der von Gumpie gekommene Nugget 1846 Unzen (Werth 132 000 Mark), der von den Groydon-Goldfeldern 1802 Unzen, und von der „Brilliant Gold Mining Comp.“ (Garter's Towers) erwartet man einen „Nugget“ gediegenen Goldes, 5913 Unzen schwer und 409 000 Mark werth. Solche Objekte sind zu kostbar, um so weite Reisen zu machen (erst auf die „Greater Britain Exhibition“ in London, dann nach Paris); man wird sich deshalb, wie in Victoria, auf genauere, stark vergrößerte Nachbildungen der Nuggets in Gips beschränken und diese dorthin senden.

Arbeiterbewegung.

In Krefeld ist die Streikbewegung unter den Webern größtentheils beigelegt. Die Fabrik-Ausschüsse der Arbeiter haben beschloffen, heute die Arbeiter aufzufordern, auf Grund der Resolution, welche am Sonnabend gefaßt und von den Stofffabrikanten angenommen wurde, die Arbeit am nächsten Mittwoch wieder aufzunehmen. Nur die Weber der Firma Grahnert und Gobbels wollen ausständig bleiben. Gestern Mittag bereiteten sich 16 Firmen der Stoffbranche die Arbeiter in kleinen Trupps die Arbeit wieder auf. — Die Vergleiche des Pausenlohn-Geldes verlangen von den Werksverwaltungen eine sich auf alle Arbeiterklassen erstreckende Lohnsteigerung von 10 Prozent; außerdem sollen sämtliche Leberfähigkeiten, die sich nicht auf Gruben-reparaturen zurückführen lassen, beigelegt werden, ebenso die auf einzelnen Werken bestehenden starken Lohnunterliebe. Auch soll künftig die Lohnzahlung in jeder Woche erfolgen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 21. Dezember. Der Regierungs-Referendar Dr. jur. Graef von hier hat die zweite Staatsprüfung für den höheren Verwaltungsdienst bestanden.

